



1. MAI 2017, WINTERTHUR

REGULA RYTZ

Politik gegen Abrissbirnen und Spaltpilze: Wer wagt, beginnt!

Rede von Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen Schweiz

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Gut seid ihr hier und trotz dem Regen. Es braucht euren Widerstandsgeist und vor allem euer Engagement mehr denn je!

Euer Engagement, um den Menschen auf der Flucht vor Hunger, Krieg und Hoffnungslosigkeit beizustehen. Euer Engagement, um den grassierenden Rechtspopulismus aufzuhalten. Wir sehen es jeden Tag: Die Angst vor sozialem Abstieg, vor Arbeitsplatzverlust, Armut und Fremdbestimmung ist die Triebfeder der aktuellen rechten Revolution. **Und es ist eine bittere, ja zynische Wahrheit, dass die rechten Parteien nicht nur von den Gewinnern, sondern auch von den Verlierern ihrer Politik gewählt werden.** Die Trumps, die Le Pens, die Erdogans, Grillos und wie sie alle heissen, erzeugen gezielt und unverfroren die Unsicherheiten, die sie an die Macht spülen. Sie fördern gezielt die gesellschaftliche Spaltung, die ihnen Proteststimmen bringen. Macht, Macht ist das einzige Ziel der rechten, populistischen, autoritären Politik. Die Macht von elitären Clans und immer mehr auch die Macht von einzelnen, grössenwahnsinnigen Narzissten. Stoppen wir sie!

Zum Glück hat spätestens die Wahl von Donald Trump zum US-amerikanischen Präsidenten vielen Menschen in Europa und in der Schweiz die Augen geöffnet. Sie hat gezeigt: **Wenn wir unsere Werte von Demokratie, sozialem Ausgleich, gesellschaftlicher Öffnung und die Erfolge im Umweltschutz nicht aktiv verteidigen, dann werden sie von den Rechtspopulisten aller Länder ausradiert.**

Niemand hat die Zeichen an der Wand früher erkannt als die Frauen, die heute überall gegen Sexismus und Diskriminierung auf die Strasse gehen. Mit den Frauen zusammen gehören auch wir Grünen, die SP und die Gewerkschaften weltweit zu den tragenden Säulen des Widerstandes gegen rechts.

Und darum geht es, um unsere Werte. **Die Freiheit, die Gleichheit, aber auch und ebenso wichtig: die soziale Gerechtigkeit und die Solidarität. Das sind die Werte, die den Kern unserer Politik ausmachen, und die Menschen in aller Welt bewegen.** Übrigens auch viele

Menschen, die Donald Trump gewählt haben. Trump wurde nicht einfach nur von Fremdenfeinden und Wall-Street-Egoisten gewählt. Nein, er profitierte von der Schwäche seiner Gegner, die auf das Auseinanderbrechen der Gesellschaft keine überzeugende Antwort fanden.

In dieses Kapitel gehört auch die Haltung unserer Landesregierung zur RASA-Initiative. RASA will bekanntlich die SVP-Zuwanderungsinitiative mit ihren Kontingenten und Diskriminierungen wieder aus der Verfassung streichen. Das ist löblich, aber ein höchst riskantes Spiel. Viel besser ist es, einen Gegenvorschlag zu entwickeln, der endlich die flankierenden Schutzmassnahmen zur Personenfreizügigkeit stärkt. Schutz vor Lohndumping, Schutz vor längeren Arbeitszeiten, Schutz vor Gratisüberstunden und Schutz vor missbräuchlicher Entlassung. Einen solchen Vorschlag haben wir Grünen in die Diskussion eingebracht. **Doch der Bundesrat will nichts davon wissen. Er hat offenbar noch nicht begriffen, dass es keine Öffnung der Arbeitsmärkte ohne Schutz der Menschen geben kann.** Doch wir geben nicht auf.

Ab Sommer sammeln die Rechtspopulisten Unterschriften für die Kündigung der Personenfreizügigkeit. **Spätestens jetzt sollte es dem Bundesrat, aber auch jedem Freisinnigen und jeder Vertreterin der Arbeitgeberverbände dämmern: Wenn die Kluft zwischen arm und reich in der Schweiz in den nächsten Jahren weiter wächst, dann werden die rechten Parteien durchmarschieren.** Denn Ungleichheit und Angst ist der Nährboden ihres Erfolges.

Leider haben es in Bürgerblock und Wirtschaft immer noch nicht alle begriffen. Im Gegenteil. Die Ausschüttung von Dividenden und Boni war in diesem Jahr trotz Währungskrise so üppig wie schon lange nicht mehr. Bei der Weinernte würde man von einem sehr guten Jahrgang sprechen. **Die börsenkotierten Gesellschaften in der Schweiz zahlten in diesem Frühling gegen 50 Milliarden Franken an ihre Besitzer aus – nicht an die Arbeitnehmenden.** Das können sie heute praktisch steuerfrei tun, denn die rechten Parteien haben ihnen in den letzten Jahren ein politisches Steuergeschenk nach dem anderen gemacht. **Immerhin konnten wir dank unserem sensationellen Erfolg beim Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform III eine weitere Steuersenkungsrunde verhindern.** Doch die Angriffe gehen munter weiter. Nächste Steuersenkungspläne sind längst auf dem Tisch, nächste Sparrunden bereits angekündigt, bei den Prämienverbilligungen, bei der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Bildung. Nur beim Militär darf es immer „es bitzli meh“ sein.

Liebe Kolleg/innen

Es ist höchste Zeit, die Welt vom Kopf wieder auf die Füsse zu stellen. **Wir können gewinnen, wenn wir zusammenspannen und mit klugen und engagierten Kampagnen gegen die Politik der Abrissbirnen und der Spaltpilze antreten.** Ich weiss, dass wir ein sehr schlechtes Gedächtnis für unsere Erfolge haben, deshalb hier eine kurze Übersicht.

- Wir haben das Referendum gegen die unsoziale **Unternehmenssteuerreform III** gewonnen.
- Wir haben in Zug, Basel-Land, Aargau, Schaffhausen oder Bern **Mehrheiten gegen unsoziale Sparpakete oder den Abbau von Prämienverbilligungen** erzielt.
- Wir haben in vielen Städten und Kantonen Mehrheiten gefunden für **genossenschaftlichen und sozialen Wohnungsbau oder gegen den Verkauf von öffentlichem Boden.**

- Wir konnten selbst in konservativen **Kantonen wie Nidwalden die Einführung von Schulgeldern oder die Kürzung von Ergänzungsleistungen stoppen.**
- Und wir haben im Frühling im eidgenössischen Parlament **die Rentenabbau-Pläne von SVP und FDP durchkreuzt.** Zwar mussten wir einige bittere Pillen schlucken, so wie die Erhöhung des Frauenrentenalters um ein Jahr. Dafür konnten wir eine generelle Erhöhung des Rentenalters auf 67 oder mehr Jahre verhindern. Dank dem erstmaligen Ausbau der AHV seit vielen Jahren wird das Leistungsniveau gehalten – natürlich auch für die Frauen – und eine Verteuerung der unsicheren und unsozialen zweiten Säule abgeblockt. Teilzeitarbeit und unfreiwillige Frühpensionierungen dagegen werden besser abgesichert. Unter dem Strich ist die Altersvorsorge 2020 ein fairer Kompromiss, den wir im September gegen grosse Widerstände verteidigen müssen. Ich zähle dabei auf euch!

Gute Kompromisse kann nur machen, wer eine gewisse geistige Beweglichkeit hat. Diese Eigenschaft fehlt auf der rechtspopulistischen Seite gänzlich. **Nicht die Interessen, nicht das Wohl, nicht das Schicksal der breiten Bevölkerung zählen für Blocher und Konsorten, sondern Machterhalt verpackt in ordnungspolitische Glaubenssätze.** Ich kann euch sagen: Das Wort „Ordnungspolitik“ ist in Bundesbern stärker verbreitet als das Amen in der Kirche. Und Ordnungspolitik heisst: Weg mit demokratisch entschiedenen Gesetzen, weg mit Spielregeln und Auflagen zum Schutz der Schwachen, weg mit Eigenkapitalvorschriften für Banken, weg mit Umweltschutz, weg mit den gemeinschaftlich finanzierten und damit unabhängigen Radio- und Fernsehprogrammen, weg mit dem „wettbewerbsverzerrenden“ Service Public. Abrissbirnenpolitik sage ich dem.

Davon könnt ihr auch in Winterthur ein Lied singen. **Ihr setzt euch ja neben dem Ja zur Energiestrategie 2050 bei den Abstimmungen vom 21. Mai auch gegen die schleichende Privatisierung eures Kantonsspitals ein.** Man kann sich tatsächlich fragen, warum die Rechtsform eines gut funktionierenden Spitals plötzlich geändert werden muss. Und man kommt wie in jedem guten Krimi zum Schluss: Folge dem Geld. Offenbar sind die Gewinnaussichten im Gesundheitswesen so gut, dass private Investoren Schlange stehen.

Das kennen wir aus dem Kanton Bern. **Dort gehören unterdessen viele Spitäler auf der öffentlichen Spitalliste zur Hirslanden-Gruppe. Diese schickt jedes Jahr eine schöne Dividende an ihre Aktionäre aus aller Welt – bezahlt mit Steuergeldern und unseren Krankenkassenprämien.** Gleichzeitig kommt das Personal immer stärker unter Leistungsdruck. Lange Arbeitszeiten, hohe Fluktuation und steigende Bürokratie machen die Gesundheitsberufe immer ungesunder. Hier besteht Handlungsbedarf, hier muss man etwas tun, hier sollten Regierung und Parlament endlich Verantwortung übernehmen. Eine Rechtsformänderung dagegen löst keines dieser Probleme. **Im Gegenteil: Jedes Mitglied einer demokratisch gewählten Regierung oder eines Parlamentes sollte wissen, dass aus unserem Service Public, unseren gemeinschaftlich finanzierten Institutionen keine Gewinne private Taschen füllen sollen. Denn: Volksvermögen gehört dem Volk. Und Erträge aus Volksvermögen gehören auch dem Volk. Das müssen wir den Rechtspopulisten, die sich immer aufs Volk berufen, entgegenhalten.**

Liebe Winterthurer/innen: Ich wünsche euch beim Engagement gegen die schleichende Privatisierung eurer Spitäler viel Erfolg. Und ich hoffe, dass die Energiewende-Gegner am 21. Mai mit eurer Hilfe eine kühle Dusche geniessen können.

Gut, seid ihr hier und trotz dem Regen. Es braucht euren Widerstandsgeist mehr denn je und euer Engagement für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Natur. Euer Engagement gegen Krieg und den Abbau von Menschenrechten! Auf jede und auf jeden von uns kommt es an. Und nur gemeinsam kommen wir weiter, ganz nach dem alten Motto: „divisi non siamo niente, tutti uniti si vincera!“ An die Arbeit!

Regula Rytz, Präsidentin Grüne Schweiz